

Überraschend klares Votum

Belastung durch Hubschrauber ermitteln – 2000 Unterschriften zeigen Wirkung



Mit militärischen Übungsflügen und deren Folgen will man sich im Bad Windsheimer Rathaus nun verstärkt befassen.

Archiv-Foto: Hans-Bernd Glanz

VON GÜNTER BLANK

BAD WINDSHEIM – Damit dürfen die wenigsten der zahlreichen Besucher der Stadtratssitzung vom Donnerstag gerechnet haben: Einstimmig hat das Gremium am Ende einer fast 90-minütigen Debatte einen Beschluss gefasst, der deutlich über eine reine Willensbekundung hinausgeht, Bevölkerung und Gäste der Stadt vor schädlichen Auswirkungen des militärischen Flugbetriebs zu schützen. Messungen zu Lärm- und Schadstoffmissionen sollen durchgeführt werden, im Anschluss ist eine öffentliche Veranstaltung geplant. Die Forderung, die Fluglärmkommission solle künftig öffentlich tagen, ist ebenfalls Bestandteil des Beschlusses.

Mit diesem reagiert die Politik auf den wachsenden Druck aus der Bevölkerung. Ende Juli hatte die erst zu Jahresbeginn gegründete Initiative Unerhört! eine Resolution vorgelegt, deren 1561 Unterzeichner den Stadtrat dazu aufgefordert hatten, im Sinne einer Reduzierung von Fluglärm und Schadstoffmissionen tätig zu werden. Im November legte die Dorfgemeinschaft Ickelheim nach 337 Bewohnern des Ortsteils, das sind 60 Prozent der Wohnbevölkerung, baten in ihrem Schreiben, das an den Bürgermeister und den Stadtrat ebenso ging wie an weitere Ämter, Ministerien und Institutionen bis hin zur Bundeskanzlerin, mit den amerikanischen Streitkräften „ein Regelwerk für den Flugbetrieb zu vereinbaren“. Dieses soll die laufende Belastung, gerade

der Ickelheimer Bürger, deutlich reduzieren. Und in der Tat: Nachdem über Jahrzehnte hinweg immer wieder mal aufflackernde Diskussionen zum Thema verpufft waren, nimmt sich nun auch der Rat der Stadt Bad Windsheim der Problematik ernsthaft an.

Die Sitzung kam zur rechten Zeit, denn zu Wochenbeginn hatte der Flugbetrieb wieder stark zugenommen. „Die letzten zwei, drei Tage bin ich mir vorgekommen wie neben einem Truppenübungsplatz“, sagte etwa Wilhelm Dehner von der Liste Land. „Die Hubschrauber fliegen im Kreis und wenden über dem Dorf, das muss eingestellt werden“, sagte der Ickelheimer. „Wir werden als menschliche Übungsziele missbraucht“, ergänzte Petra Negendank (SPD), die sich schon seit Jahren für eine Reduzierung der Belastung einsetzt.

Mehr als nur ernst nehmen

„Es geht um eine Willensbekundung des Rates, die mir wichtig ist“, betonte Bürgermeister Bernhard Kisch. Und er bekam sie: „Der Stadtrat der Stadt Bad Windsheim nimmt grundsätzlich die Sorgen seiner Bürgerinnen und Bürger ernst“, beginnt der Wortlaut des Beschlusses. Auch wenn Zweiter Bürgermeister Rainer Volkert zum eigenen Amüsement und dem seiner Kollegen einwarf, damit könne man es doch eigentlich bewenden lassen, geht der Rat, der mit Ausnahme des Unerhört!-Unterstützers Eberhard Gurrath vollzählig versammelt war, deutlich weiter. „Durch den militärischen Flugbetrieb leidet die Lebensqualität der

Bürgerinnen und Bürger, die Gesundheit wird beeinträchtigt und der Erholungswert der Gäste und Besucher der Stadt und ihrer Ortsteile wird eingeschränkt“, ist im Beschluss zu lesen.

Der Stadtrat fordert daher „bei den zuständigen Behörden“, dass die durch die Übungsflüge der Hubschrauber verursachten „Schall- und Schadstoffmissionswerte nach den heute gültigen Regelungen im Bundesimmissionschutzgesetz in den betroffenen Wohn- und Dorfgemeinden der Stadt Bad Windsheim eingehalten werden“. CSU-Rat Dieter Hummel ging dies mit, wollte aber ergänzend seinen Standpunkt im Protokoll festgehalten wissen, wonach der Standort Illesheim nicht infrage gestellt werde.

Zudem bittet der Rat um Antwort auf zwei Fragen: „Welche gesetzlichen Schallimmissionswerte und Luftqualitätswerte gelten zum Schutz der umliegenden Wohnbevölkerung und werden diese eingehalten? Kann zum Beispiel durch eine Veränderung der Überflughöhen beziehungsweise der Flugrouten ein geringerer Schallimmissionswert und Schadstoffwert erreicht werden?“

Nicht zuletzt will man nun endlich wissen, welche Belastungen tatsächlich mit den Helikopterflügen verbunden sind. Schadstoffmessungen sollen in jedem Fall durchgeführt werden – notfalls auf eigene Veranlassung und Kosten, idealerweise in Zusammenarbeit etwa mit dem Landratsamt, dem Landesamt für Umweltschutz oder benachbarten Gemeinden. Hierzu muss man allerdings erst wissen, wo-

nach man sucht. Messwerte wollen definiert, Kosten geprüft werden, fordert nicht nur Wolfgang Eckardt von den Freien Wählern. „Feinstaub ist vielleicht der leichteste Punkt, die Amerikaner zu knacken“, sagte sein Fraktionskollege Dr. Stefan Eckardt. WiR-Sprecher Jürgen Heckel will ebenfalls „endlich mal wissen, was da hinten rauskommt“, und auch CSU-Sprecher Georg Gerhäuser hätte gerne „greifbare Zahlen“ aus ordentlich durchgeführten Messungen.

Im Ratsbeschluss liest sich das so, dass die Stadtverwaltung beauftragt wird, „mit den Fachbehörden die zu messenden Parameter abzuklären und

Angebote für ein Messprogramm einzuholen“. Sobald Messergebnisse vorliegen, sei „eine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung durchzuführen und dazu Experten der

relevanten Stellen einzuladen“. Kurz und prägnant wird es zum Ende des Beschlusses: „Der Stadtrat fordert, dass die Sitzungen der Fluglärmkommission öffentlich stattfinden.“ Bürgermeister Kisch regte zudem an, die Kommission beispielsweise auch einmal öffentlich im Kur- und Kongress-Center tagen und die Bürger teilnehmen zu lassen.

Etwaige Entscheidungen, das ist allen im Rat klar, werden auf Landes- und vor allem Bundesebene getroffen. Die Intention des Stadtrates formulierte SPD-Fraktionsvorsitzender Matthias Oberth so: „Wir wollen ein politisches Signal setzen, dass es Belastungen gibt, die so nicht hinnehmbar sind.“

„Feinstaub ist vielleicht der leichteste Punkt, die Amerikaner zu knacken.“

Dr. Stefan Eckardt
Freie Wähler-Gemeinschaft

„Es geht um eine Willensbekundung des Rates, die mir wichtig ist.“

Bürgermeister Bernhard Kisch